

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL



der 19. Sitzung der

XXI. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 17. November 2016

19.31 Uhr - 20.11 Uhr

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2833)

Landesregierung

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut **B i e l e r** (S. 2833)

Beginn der Sitzung: 19 Uhr 31 Minuten

Präsident Christian Illedits: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich e r ö f f n e die 19. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Frau Landtagsabgeordnete Karin Stampfel entschuldigt.

Ich ersuche nun Herrn Schriftführer Brandstätter um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 19. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 17.11.2016.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017 (Zahl 21 - 470) (Beilage 658);
2. Beschlussantrag, mit dem der 1. Fortführung des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2016 bis 2020 zugestimmt wird (Zahl 21 - 471) (Beilage 659);

Präsident Christian Illedits: Danke Herr Schriftführer.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisungen werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, vornehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017

Präsident Christian Illedits: Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2017.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach einem für Sie und mich sehr intensiven Tag darf ich Ihnen heute ein Budget vorlegen, das nicht nur ein Zahlenwerk aus 2.735 verschiedenen Voranschlagstellen ist. Es ist ein politisches Bekenntnis, ein soziales Statement und ein stabiler Motor für den weiteren Aufwärtstrend unseres Landes.

Es ist für die Menschen da, für die wir alle hier in diesem Hohen Haus gemeinsam arbeiten: Die Burgenländerinnen und Burgenländer, die uns ihre Stimme gegeben haben, um ihre Stimme zu sein.

„Ziele gemeinsam erreichen“ ist nicht nur der Titel dieser Rede. Es ist ein realpolitischer Spiegel, in den wir alle hineinblicken können! In einer Zeit, in der es möglich ist, dass ein milliardenschwerer Populist ohne jegliche politische Erfahrung zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt wird, müssen wir uns alle auf

allen Ebenen noch mehr bemühen, auf die brennenden Fragen dieser Zeit die richtigen Antworten zu finden.

Das Budget 2017 ist meine Einladung an Sie, das Burgenland in den Vordergrund zu stellen und sich fair und objektiv mit den vorgelegten Inhalten auseinanderzusetzen.

Ein kontinuierlicher Wirtschaftsaufschwung und eine stetige Weiterentwicklung brauchen einen stabilen institutionellen Rahmen. Das ist unsere Aufgabe, die wir für die Zukunft der Burgenländerinnen und Burgenländer übernommen haben: 100 Prozent für den Aufstieg des Burgenlandes zu geben.

Der Weg des Burgenlandes zeigt: Mit gemeinsamen Zielen, Innovation und Leistungsbereitschaft kann man viel erreichen. Wir haben

- das mit Abstand höchste Wirtschaftswachstum von plus 2,2 Prozent,
- Beschäftigungsrekord,
- sinkende Arbeitslosigkeit seit September und
- die besten Tourismuszahlen in der Landesgeschichte.

Es sind die gezielten und nachhaltigen Investitionen, die unser Land zum Vorreiter im Bundesländervergleich gemacht haben.

Deshalb ist die burgenländische Finanzpolitik auch weiterhin vor allem wachstums- und beschäftigungsorientiert. Wir tätigen Investitionen, die gezielt und überlegt auch das finanzielle Mauerwerk unseres Landes weiter festigen. Gesunde Landesfinanzen stärken das Burgenland, um in wichtige Schlüsselbereiche investieren zu können.

Die Investitionsquote erreicht 2017 Rekordniveau:

Mit rund 21,3 Prozent liegt das Burgenland im absoluten Spitzenfeld. 235 Millionen Euro werden für Investitionen bzw. investitionsfördernde Maßnahmen aufgewendet, das sind um 2,4 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Das heißt, mehr als jeder fünfte Euro des Landesvoranschlages ist ein echter Investitionsschub für

- nachhaltiges Wachstum,
- Stärkung der Wirtschaft,
- Sicherung von Arbeitsplätzen,
- soziale Sicherheit und
- die Absicherung unserer Lebensqualität.

Wir achten auf eine faire Verteilung der Investitionsmittel, um soziale Sicherheit zu gewährleisten und Lebensqualität im Burgenland für jede Einzelne und jeden Einzelnen so hoch wie möglich zu halten. Die Politik ist mehr denn je gefordert, jene zu unterstützen, die sich als Verlierer des Systems sehen.

- Noch nie wurde so viel in Gesundheit und Soziales investiert, wie in diesem Budget.
- Rund zwei Drittel aller Ausgaben fallen 2017 auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung.

Das heißt: Gesundheit und Soziales bilden den Schwerpunkt im burgenländischen Landesvoranschlag 2017. Erstmals sind an die 500 Millionen Euro für das Gesundheits- und Sozialbudget inklusive Krankenanstalten vorgesehen. Warum tun wir das?

Lassen Sie uns dazu ein wenig über den Tellerrand schauen:

Die 62 reichsten Menschen der Welt, 53 davon Männer, besitzen inzwischen genau so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hält in einer Studie fest, dass die Schere zwischen Arm und Reich so weit wie noch nie auseinanderklafft, auch in Mitteleuropa.

Die Reichen werden immer reicher. Die Armen werden immer ärmer.

Eine Entwicklung, die eine Studie der Organisation Oxfam bestätigt. Das Vermögen der 62 Reichsten ist demnach innerhalb der vergangenen fünf Jahre um 44 Prozent auf unvorstellbare 1,76 Billionen Dollar (rund 1,61 Billionen Euro) gewachsen. Im gleichen Zeitraum sank das Gesamtvermögen der ärmeren Hälfte der weltweiten Bevölkerung um 41 Prozent um rund eine Billion Dollar - obwohl die Weltbevölkerung um 400 Millionen Menschen gewachsen ist, so der Oxfam-Bericht.

Ein Prozent der Weltbevölkerung verfügt über mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen.

Die soziale Ungleichheit steigt dramatisch an. Zu den Ursachen gehören nach Ansicht der Autoren eine völlig unzureichende Besteuerung großer Vermögen und Kapitalgewinne sowie die anhaltende Verschiebung von Profiten in Steueroasen. Neun von zehn Großkonzernen hätten Niederlassungen in mindestens einer Steueroase.

Der Lösungsansatz dazu laut Studie: Gewinne sollen nur dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden und der Wettlauf um die niedrigsten Steuern auf Gewinne müsse ein Ende finden.

Ist Österreich eine Insel der Seligen? Nein, laut Global Wealth Report ist der Unterschied der Vermögensverteilung auch in Österreich ungleicher geworden und im Vergleich mit über 50 Ländern relativ hoch: Wir belegen nach den USA, Großbritannien und Schweden den vierten Platz.

Steuern sind nicht nur die Grundlage der Finanzierung und Erhaltung unseres Staates, sondern auch - und es steckt im Namen - ein Element der Steuerung. Für mich als Finanzlandesrat der Hebel für soziale Gerechtigkeit. Die Bevölkerung ist der Parameter, ob dieses Steuerungselement richtig eingesetzt wird. Wir können im kleinen Burgenland nicht die Steuerpolitik der ganzen Welt beeinflussen, aber wir können die Steuermittel gezielt für jene Burgenländerinnen und Burgenländer einsetzen, die unsere Hilfe brauchen.

Das Budget 2017 ist ein soziales Bekenntnis dieser Regierung. Es ist das Steuerungselement für die gerechte Verteilung der Finanzmittel auf allen Ebenen. Wir wollen im Burgenland kein Kind, das bittere Armut erleben muss und wir wollen keinen alten Menschen, der nicht die Pflege und Versorgung erhält, die er benötigt.

Diese finanzielle Anstrengung trägt nachhaltig dazu bei, dass die Armutsgefährdung im Burgenland mit knapp über sieben Prozent der Bevölkerung (Europa: 16 Prozent, Österreich: 14 Prozent) deutlich geringer ist als in anderen Bundesländern.

Die Sozialpolitik des Landes ist darauf ausgerichtet, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass alle Burgenländerinnen und Burgenländer Unterstützung, Begleitung, Betreuung und Pflege erhalten. Daher bekräftigen wir sowohl die Standortgarantie für alle fünf Krankenhäuser, als auch die Absicherung der öffentlichen Wohlfahrt, wie zum Beispiel der Behindertenhilfe oder des Pflegebereiches.

In den vergangenen Jahren wurden viele soziale Einrichtungen – und damit auch krisensichere Arbeitsplätze – geschaffen. Wir dürfen uns aber auf dem Erreichten nicht ausruhen, sondern müssen uns den großen Herausforderungen der Zukunft stellen, etwa in der Betreuung behinderter Menschen, in der Pflege einer zunehmenden Zahl alter Menschen, in der Kinder- und Jugendhilfe und in der Betreuung von Kriegsflüchtlingen.

Im Jahr 2017 sind die Migration und deren Folgekosten ein ungenauer Parameter im Budget. Wir sind aber vorbereitet und haben die nötigen Vorkehrungen getroffen. Welche Folgen eines möglichen Scheiterns des Türkei-Deals kommen werden, sind aber noch nicht absehbar. Die rasche Umsetzung des umfassenden Schutzes der EU-Außengrenzen muss deshalb oberste Priorität haben. Verteidigungsminister Mag. Hans Peter Doskozil leistet in diesem Bereich für das Burgenland und für ganz Österreich hervorragende Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Stabilität und den sozialen Frieden eines Landes gibt es Kennzeichen und valide Fakten, die wenig Interpretationsspielraum zulassen. Dazu gehören vor allem die Arbeitsmarktdaten.

Seit September gibt es erstmals seit Jahren eine Trendwende am burgenländischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenzahlen sinken. Zurückzuführen ist das erfreuliche Ergebnis vor allem auf die zahlreichen Initiativen, die das Land Burgenland für Beschäftigungslose setzt.

Weiterhin positiv ist die Entwicklung für junge Menschen bis 24 Jahre. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich in den letzten Monaten stabilisiert, die Zahl der Lehrstellensuchenden ist um 6,7 Prozent gesunken. Obwohl der Bereich der älteren Arbeitslosen nicht mehr so stark steigt, wie in den letzten Monaten, müssen wir weitere Initiativen setzen, damit auch diese Gruppe wieder im Erwerbsleben Fuß fassen kann. Der burgenländische Arbeitsmarkt wird über das Landesbudget direkt oder über Kofinanzierungen aktiv und nachhaltig unterstützt.

- In der Förderperiode 2014 – 2020 fließen über den Europäischen Sozialfonds (ESF) inklusive Landesmittel 38 Millionen Euro und über das Additionalitätsprogramm 23 Millionen Euro in die Stärkung des Arbeitsmarktes.
- Über den Fonds für Arbeit und Wirtschaft (FAWI) können wir im Jahr 2017 arbeitsmarktfördernde Maßnahmen in der Höhe von 800.000 Euro finanzieren.
- Im Rahmen der Arbeitnehmerförderung werden rund 3,7 Millionen als Qualifikationszuschuss, Wohnkostenzuschuss für Lehrlinge, Fahrtkostenzuschuss oder Lehrlingsförderung zur Verfügung gestellt.

Die Erholung des burgenländischen Arbeitsmarktes und den stetigen burgenländischen Aufwärtstrend in einem schwierigen Umfeld haben wir durch die richtigen politischen Analysen und durch effiziente Planung geschafft.

Im Gegensatz zu den Arbeitsmarktanalysen haben die Wirtschaftsprognosen selten gehalten, was sie versprochen haben. Ich vergleiche sie gerne mit Wetterberichten. Wechselhaft, selten punktgenau und je weiter man nach vorne schaut, desto ungenauer werden sie.

Lassen Sie uns dennoch einen kurzen Blick auf die aktuellen Wirtschaftsdaten wagen. Die Weltkonjunktur gewann zwar zu Beginn des Jahres 2016 etwas an Dynamik, blieb aber erneut hinter den Erwartungen zurück. Die Prognosen wurden deshalb für 2016 nochmals etwas nach unten revidiert.

Im Euro-Raum dürfte die Konjunktur stärker als zunächst erwartet anziehen: das reale BIP - Bruttoinlandsprodukt sollte im Jahr 2016 um 1,6 Prozent und 2017 um 1,7 Prozent zunehmen. Das Votum der britischen Bevölkerung gegen einen weiteren Verbleib in der EU, Stichwort Brexit, belastet zwar die Unternehmensstimmung in Großbritannien, konnte aber die Zuversicht im Euro-Raum kaum dämpfen.

In Österreich gewinnt das Wirtschaftswachstum nach einer trägen Entwicklung in den letzten vier Jahren – das jährliche Wachstum blieb stets unter einem Prozent – zuletzt wieder an Schwung. Das BIP wird real um 1,5 Prozent wachsen.

Die positiven Effekte der Einkommensteuerreform wurden im Laufe des Jahres 2016 wirksam. Zusätzlich soll das verfügbare reale Haushaltseinkommen dank der niedrigen Inflation weiter wachsen und einen spürbaren Anstieg sowohl des privaten Konsums als auch der Sparquote mit sich bringen.

Auch die Bauwirtschaft scheint ihre Krise überwunden zu haben. Nach einem Wachstum der Bauinvestitionen von real 1,6 Prozent im Jahr 2016 wird auch für 2017 mit einer Ausweitung um 1,4 Prozent gerechnet. Am stärksten wuchsen der Hochbau und der Wohnungsneubau.

Mit der deutlichen Wachstumsbelebung wird sich - hoffentlich - der Beschäftigungsanteil weiter erhöhen. Vor diesem Hintergrund prognostiziert das WIFO eine Zunahme bei den unselbstständig aktiv Beschäftigten um 1,4 Prozent für 2016 und um mehr als 1 Prozent für 2017.

Auch für das Arbeitskräfteangebot wird über den gesamten Prognosehorizont eine kräftige Zunahme vorhergesagt. Das reicht zwar immer noch nicht aus, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu verringern, da viele Gruppen auf den Arbeitsmarkt drängen. Allerdings gelingt es, den rapiden Anstieg der vergangenen Jahre deutlich zu bremsen. Nach nationaler Berechnung erhöht sich die Arbeitslosenquote weiter - von 9,1 Prozent im Vorjahr auf 9,2 Prozent im Jahr 2016 und auf 9,4 Prozent im Jahr 2017.

Im Burgenland konnten 2016 eine deutliche Erholung der Bauwirtschaft und klare Aufwärtstendenzen im Dienstleistungsbereich verzeichnet werden. Die Bauwirtschaft expandierte mit +17,9 Prozent so stark wie sonst in keinem anderen Bundesland. Darüber hinaus kam es zu einer Ausweitung der Auftragseingänge (+9,4 Prozent) sowie der Gesamtauftragsbestände (+20,6 Prozent). Die günstige Bauentwicklung entlastet den burgenländischen Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten nahm sowohl im I. Quartal 2016 mit einer Steigerung von 3,9 Prozent als auch im II. Quartal 2016 mit einem Plus von 2,3 Prozent merklich zu.

An diesen positiven burgenländischen Wirtschaftsdaten sind die erfolgreichen Auswirkungen der gezielten burgenländischen Investitionspolitik klar abzulesen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Das kleine Burgenland lebt seit Jahren vor, was im großen Europa jetzt langsam umgesetzt wird: einen sozialen und wachstumsorientierten Konsolidierungskurs. Ein strikter Sparkurs alleine reicht nicht aus, um die öffentlichen Haushalte aus der Krise zu führen.

Wir haben uns aus der Krise „hinausinvestiert“ anstatt uns noch tiefer „hineinzusparen“! Diesen Satz habe ich in den letzten Jahren oft verwendet und er gilt immer noch. Wir haben die Investitionen jedes Jahr weiter gesteigert, weil wir das Burgenland auf einem guten Weg halten wollen.

Die strikte neoliberale Denkweise in der Europäischen Union, nämlich der Staat ist schlecht, privat ist gut. Schulden sind inakzeptabel und machen euch ärmer, hat sich in der Krise nicht nur nicht bewährt - diese Denkweise ist gescheitert! Und es hat zu einer gewaltigen Umverteilung nach oben geführt, zu einer Schwächung der Realwirtschaft und einer Aufblähung der spekulativen Finanzvermögen. Der Effekt der Maastricht-Kriterien war faktisch ein Investitionsstopp seitens der Staaten, der Länder und der Gemeinden. Hohe Arbeitslosigkeit und ein schwacher Euro waren und sind die logischen Folgen!

Europa ist unpopulär geworden, weil es den Konzernen und den Finanzinstitutionen dient, nicht aber den Bürgerinnen und Bürgern. Diese verstehen deshalb die EU längst nicht mehr als Hoffungsprojekt, sondern als bürokratische Zumutung. Einseitige Sparpolitik ohne abfedernde Investitionen hat ganz Europa in Mitleidenschaft gezogen. Selbst der US-Präsident Obama ist der festen Überzeugung, dass Staaten alleine durch Sparen keinen Wohlstand erreichen können.

Die öffentliche Hand ist gefordert, wieder Fairness ins gesellschaftliche Spiel zu bringen. Und sie ist gefordert, mehr zu investieren. Während andere noch nachjustieren, haben wir im Burgenland unsere Perspektiven entwickelt und den Investitionskurs aus der Krise rechtzeitig eingeschlagen. Auch auf Bundesebene setzt sich der öffentliche Investitionskurs zunehmend durch.

Die Bundesregierung bekannte sich im Ministerrat im Oktober zum klaren Ziel, private und öffentliche Investitionen zu stimulieren und dadurch die Schaffung von Beschäftigung zu unterstützen. Die Maßnahmen betreffen den Arbeitsmarkt sowie private und kommunale Investitionen. Aufgrund der KMU-Investitionszuwachsprämie werden rund 10.000 Unternehmen mit 175 Millionen Euro unterstützt. Dadurch werden Investitionszuwächse in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro generiert und 25.000 Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise gesichert.

Daneben ist auch ein kommunales Investitionsprogramm vorgesehen. Analog zu den KMUs sollen 2017 zusätzliche Investitionen der Gemeinden zur Modernisierung der Infrastruktur gefördert werden.

Der Investitionswille der Bundesregierung bringt auch dem Burgenland einen zusätzlichen Wachstumsschub. Landeshauptmann Hans Niessl hat mit Bundesminister Jörg Leichtfried ein neues Investitionspaket zum weiteren Ausbau der Infrastruktur ausverhandelt. Rund eine Milliarde Euro investiert das Infrastrukturministerium (BMVIT) bis zum Jahr 2022 im Burgenland.

Die Infrastrukturmilliarde fließt in

- eine zuverlässige Bahn,
- sichere Straßen,
- schnelles Internet und
- industriennahe Forschung.

Damit können rund 11.000 Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise neu geschaffen werden.

Ein weiterer wichtiger Investitionsmotor sind die EU-Förderungen in der Gesamthöhe von 750 Mio. Euro, die in der Förderperiode 2014 – 2020 in das Burgenland fließen. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Der erst am 7. November 2016 paktierte neue Finanzausgleich bringt zusätzlich frisches Geld ins Landesbudget und unterstützt die strukturschwachen burgenländischen Gemeinden. Er gewährleistet auch nach wie vor eine gerechte Verteilung, die sicherstellt, dass bei höheren Einnahmen des Bundes auch höhere Ertragsanteile fließen und umgekehrt.

Der Finanzausgleich ist der wichtigste Eckpfeiler für die Erstellung des Landesbudgets, deshalb habe ich die Verhandlungen gemeinsam mit allen Ländervertreterinnen und -vertretern mit der nötigen Konsequenz geführt.

Das Ergebnis ist angesichts wirtschaftlich schwieriger Zeiten ein großer Erfolg. Das Burgenland bekommt ab 2017 jährlich rund 5,2 Millionen Euro mehr aus dem Finanzausgleich. Das sind über die Finanzausgleichsperiode gesehen ein Plus von 26 Millionen Euro. Zusätzlich erhalten wir eine Einmalzahlung für die Flüchtlings- und Integrationskosten.

Durch geschickte Verhandlungen zwischen den Ländern konnte verhindert werden, dass eine neue Gastpatientenregelung eine Benachteiligung für das Burgenland von rund 40 Millionen Euro mit sich bringt.

Ab 2017 fließen 300 Millionen Euro mehr an Länder und Gemeinden. Das sind über die Finanzausgleichsperiode gesehen ein Plus von 1,5 Milliarden Euro. Die zusätzlichen Mittel sichern die nachhaltige Haushaltsführung, besonders in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales ab. Weiters wird vom Bund ein einmaliger Zuschuss von 125 Millionen Euro für Migrations- und Integrationsausgaben ausbezahlt.

Ein wesentlicher Punkt im neuen Finanzausgleich ist die Stärkung der Gemeinden. Der oft kritisierte, abgestufte Bevölkerungsschlüssel - mittlerweile stark abgeflacht - bleibt zwar erhalten, struktur- und finanzschwache, sowie von Abwanderung betroffene Gemeinden erhalten allerdings einen Ausgleich von 60 Millionen Euro.

Von diesen zusätzlichen Mitteln werden vor allem die burgenländischen Gemeinden überproportional profitieren. Darüber hinaus fließen an die Gemeinden 80 Millionen Euro für die Siedlungswasserwirtschaft. Über die Bankenabgabe, die nun eindeutig als gemeinschaftliche Bundesabgabe festgelegt ist, erhalten Länder und Gemeinden 30 Millionen Euro jährlich.

Der Pflegefonds wird ab 2018 mit 4,5 Prozent valorisiert, das entspricht einem zusätzlichen Wert von 164 Millionen Euro bis 2021. Für den Ausbau von Hospiz und Palliativversorgung werden von Bund, Ländern und Sozialversicherungen jährlich 18 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Insgesamt gesehen stellt der neue Finanzausgleich eine solide finanzielle Basis für das Burgenland und die burgenländischen Gemeinden dar, um die bisherigen und auch die zukünftigen Aufgaben im Sinne der burgenländischen Bevölkerung bewältigen zu können.

Die zusätzlichen Einnahmen über die Ertragsanteile sind aufgrund der zahlreichen Aufgaben und oft auch steigenden vertraglichen oder gesetzlichen Kosten im Landesbudget dringend notwendig. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Hohes Haus!

Der Landesvoranschlag 2017 ist eindeutig wachstumsorientiert. Im gleichen Ausmaß ist die burgenländische Budgetpolitik sparsam gehalten. Gemäß dem Zitat von Samuel Smiles: „Die Sparsamkeit ist die Tochter der Vorsicht, die Schwester der

Mäßigung und die Mutter der Freiheit“, können wir keine Ausgaben zulassen, die sich nicht nachhaltig positiv auf die Landesentwicklung auswirken.

Der eingeschlagene Pfad von Einsparungs- und Reformmaßnahmen wird konsequent fortgesetzt. Wir nutzen die Chance, Altlasten über Bord zu werfen und neue Strukturen zu schaffen. Die Regierung hat sich im Regierungsübereinkommen 2015 bis 2020 zu einer transparenten, effizienten und modernen öffentlichen Verwaltung bekannt.

Gesetzliche Maßnahmen werden laufend auf ihre Reformierbarkeit untersucht und unnötig komplizierte Verwaltungsabläufe zweckmäßig abgeändert. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf die Aufhebung vom Gemeinde-Investitionsfonds, die Novelle des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes sowie des Kulturförderungsgesetzes, die Reform des Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes, das neue Tourismusgesetz, die Reformen im Bereich des Dienstrechts oder auch auf die im Landtag noch zu behandelnde Gemeinderechts-Sammelnovelle, sowie die geplante umfassende Reform des Jagdrechts hingewiesen.

Ein weiterer Schwerpunkt 2017 ist die Vorbereitung auf die Modernisierung des Haushaltswesens und wirkungsorientierte Budgetierung. Das Burgenland plant mit den anderen Bundesländern gemeinsam, wie in der neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) vereinbart, ab 1. Jänner 2019 auf das neue System umzusteigen.

Meine Regierungskollegen und ich treffen uns in regelmäßigen Abständen und informieren in Regierungsklausuren über begonnene beziehungsweise noch umzusetzende Reformmaßnahmen und verfolgen so das Ziel einer möglichst effizienten und wirksamen Verwendung der eingesetzten Budgetmittel.

Jede und jeder meiner Regierungskolleginnen und -kollegen geht eigenverantwortlich mit dem ihr/ihm zur Verfügung stehenden Investitionsvolumen im Rahmen der Globalbudgets mit Bedacht um, gleichzeitig sind die Einsparungsmaßnahmen gut durchdacht. Den ressortverantwortlichen Regierungsmitgliedern wird monatlich von der Finanzabteilung eine Budgetüberwachungsliste als zusätzliche Information zur besseren Kontrolle des laufenden Budgetvollzugs übermittelt.

Die gesetzten Maßnahmen zeigen bereits deutlich ihre ausgabendämpfende Wirkung beziehungsweise ziehen langfristige Einsparungseffekte nach sich. Um Synergien noch besser zu nutzen, werden entsprechend dem Regierungsprogramm auch laufend sämtliche Beteiligungen des Landes hinsichtlich ihrer Effektivität und Effizienz hinterfragt und möglichst klare und schlanke Strukturen umgesetzt. Als strategische Leitgesellschaft dient die „Burgenländische Landesholding GmbH“, die zu 100 Prozent im Landeseigentum steht.

Um das Geld, das uns die Bürgerinnen und Bürger anvertrauen gut zu nutzen, werden nicht nur die Beteiligungen des Landes durchleuchtet. Die gesamte Landesverwaltung wurde im Rahmen der Verwaltungsreform völlig umstrukturiert und am 1. Juli 2016 neu aufgestellt. Erstmals seit mehr als 40 Jahren wurde die Geschäftsordnung des Amtes der Landesregierung grundlegend abgeändert und der Geschäftsgang im Amt der Landesregierung neu geregelt. Zudem wurde zur Strukturoptimierung eine moderne Aufgabenorganisation entwickelt und zusätzlich eine Aufgabenkritik durchgeführt.

Die umgesetzte Verwaltungsreform ist der moderne Behördenwegweiser für die Zukunft. Wir sind stark in der Leistung, weil wir schlank und fit in den Strukturen sind!

Herzlichen Dank für die erfolgreiche Umsetzung an Herrn Landesamtsdirektor Hofrat Mag. Ronald Reiter mit seinen vielen „Mitkämpferinnen und Mitkämpfer“. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Hohes Haus!

Die Budgeterstellung 2017 war kein Sonntagsspaziergang. Sie wurde von einem nach wie vor fragilen wirtschaftlichen Umfeld und von strengen europäischen und nationalen Haushaltsregeln beeinflusst. Bereits ab dem Jahr 2016 darf es keine Neuverschuldung nach dem Europäischen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) mehr geben.

Um diese Vorgabe erfüllen zu können, werden von der Burgenländischen Landesregierung folgende Ziele angepeilt:

- Stabile Finanzen,
- ein ausgeglichener Haushalt sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt,
- die Erfüllung der Kriterien des österreichischen Stabilitätspaktes 2012 und
- ein kontinuierlicher Schuldenabbau ab dem Jahr 2016.

Mit dem eingeschlagenen Weg werden wir 2017 im Kernhaushalt einen Maastricht-Überschuss von 30,4 Millionen Euro erzielen und im Gesamthaushalt inklusive ausgegliederter Einheiten einen Maastricht-Überschuss von rund 23,8 Millionen Euro erreichen. Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Ergebnis sind wir die Nummer eins im Bundesländervergleich!

Die mittelfristige Planung im vorliegenden Finanzplan zeigt ebenfalls deutlich, dass die Maastricht-Ziele für die Jahre 2016 bis 2020 erreicht werden. Das Budget 2017 ist somit sowohl an die nationalen Anforderungen, als auch sämtliche EU-Vorgaben für die geforderte Finanzstabilität.

Während anderen Ländervertreterinnen und Ländervertretern die Sorgenfalten ins Gesicht geschrieben sind, wenn sie der Bund im Rahmen des Stabilitätspaktes zu einem Budget ohne Neuverschuldung verpflichtet, kann ich sagen: Wir im Burgenland haben das bereits ab 2015 geschafft.

Mit 2016 begann der Schuldenabbau. Der Finanzplan sieht vor, dass wir kontinuierlich bis 2020 2 Millionen Euro pro Jahr an Schulden reduzieren. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren!

Natürlich haben wir auch Verbindlichkeiten. Das ist kein Geheimnis. Aber wir können ihnen unsere finanziellen Vermögenswerte entgegensetzen. Stellen wir also die finanziellen Verbindlichkeiten des Landesvoranschlages 2017 den Forderungen und dem Geldvermögen des Landes gegenüber, so kommt auf jede Burgenländerin und jeden Burgenländer ein Guthaben von 2.363 Euro – und darauf dürfen wir durchaus stolz sein.

Damit stehen wir im Vergleich der Bundesländer - nach Vorarlberg und Tirol - an der hervorragenden dritten Stelle. Hinter uns liegen Niederösterreich mit 1.026 Euro und Oberösterreich, wo pro Kopf 292 Euro an Vermögen zu verzeichnen sind. Alle anderen Bundesländer haben pro Kopf mehr Schulden als Vermögen. Diese Daten wurden übrigens gemeinsam mit den Finanzabteilungen der anderen Bundesländer erhoben.

Der Stand der direkten Finanzschulden, das heißt (budgetrelevante Schulden) des Landes wird im Jahr 2017 um weitere 2 Millionen Euro auf 274 Millionen Euro reduziert. Der Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2020 sieht eine Gesamtreduzierung der direkten Finanzschulden des Landes auf 268 Millionen Euro vor.

Die erforderlichen langfristigen Kreditfinanzierungen erfolgen ausschließlich beim Bund, abgewickelt von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA).

Das Burgenland bekennt sich zur risikoaversen Veranlagung und hat das Spekulationsverbot im Artikel 37 der Landesverfassung bereits seit 2013 verankert. Die Finanzgebarungen des Landes inklusive der ausgegliederten Einheiten nach ESVG sind risikoavers auszurichten, was auch im Budgetbeschluss 2017 eindeutig festgehalten wird.

Im Laufe des Jahres 2017 wird, wie im FAG-Paktum vereinbart, zusätzlich ein Landesgesetz zu den näheren Bestimmungen des Spekulationsverbotes verabschiedet. Der Schuldenstand des Gesamthaushaltes inklusive selbsttragender ausgegliederter Einheiten wird im Jahre 2017 rund 999 Millionen Euro betragen. In den Werten des Finanzplanes 2016-2020 ist bereits der Neu- und Ausbau des Krankenhauses Oberwart berücksichtigt.

Die Haftungsobergrenze des Landes Burgenland wurde vom LVA 2016 zum LVA 2017 um eine Milliarde Euro reduziert.

Aufgrund der Anregungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes sowie des Bundes-Rechnungshofes hat das Land Burgenland anstatt der Gewichtung der Haftungen nun eine absolute Höchstgrenze festgelegt: Die Höhe aller Haftungen – unabhängig von der Bezeichnung des Rechtsverhältnisses (Bürgschaft, Garantie etc.) – darf 2017 einen Höchstbetrag von 1,7 Milliarden Euro nicht übersteigen. Die bis Ende 2017 abreifenden Haftungen für die Bank Burgenland, sowie die Verbindlichkeiten gegenüber der Kommunalkredit Austria AG und der Wohnbau Burgenland GmbH sind in dieser Summe enthalten. Somit werden alle eingegangenen Haftungen im Nominalbetrag ausgewiesen.

Die Verschuldung des Burgenlandes (nach BRP, also Bruttoregionalprodukt) liegt im Kernhaushalt lediglich bei 3,59 Prozent. Inclusive aller öffentlichen Einheiten nach ESVG sind es nur rund 13 Prozent. Das zeigt: Kleine Einheiten sind effizient und wirtschaften erfolgreich.

Hohes Haus!

Wir haben Vertrauen in das stabile finanzielle Fundament, das wir aufgebaut haben. Wir scheuen uns nicht davor, dies jedes Jahr von einer internationalen Agentur genau überprüfen zu lassen. Seit 2008 bewertet Standard & Poor's unsere Landesfinanzen.

Die Fähigkeit des Burgenlandes, seinen Finanzierungsverpflichtungen nachzukommen, wurde im Jahresupdate im April und im Oktober kurzfristig mit der bestmöglichen Bewertung A1+ ausgezeichnet, langfristig gab es die Note AA. Der Ratingausblick ist stabil. Die international als sehr streng geltende Ratingagentur begründete diese weiterhin sehr positiven Zensuren diesmal im Originaltext wörtlich mit „Continued Very Strong Budgetary Performance“ des Landes Burgenland.

Im internationalen Vergleich profitiert das Burgenland durch sein sehr gutes individuelles Kreditprofil, gekennzeichnet durch eine solide Haushaltsentwicklung, eine sehr niedrige haushaltsabhängige Verschuldung und einen sehr guten Zugang zu Liquidität.

Diese Bewertung ist äußerst positiv für die Landesfinanzen. Der Vermögens- und Finanzkraft wird von Standard & Poor's ein gutes Zeugnis ausgestellt. Das ist ein wichtiges Signal an die Wirtschaft sowie an alle Burgenländerinnen und Burgenländer. Es bestätigt, dass wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die richtigen finanzpolitischen Entscheidungen getroffen haben. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Durch das Ausschöpfen der Wachstumspotentiale wollen wir für kommende Generationen die besten Voraussetzungen in unserem Bundesland schaffen. Wir setzen weiterhin auf zielorientierte Prozesse und Reformen, statt auf willkürliches, zufälliges „Stop-and-go“. Damit schaffen wir Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Verlässlichkeit und Kontinuität.

Der Landesvoranschlag für das Jahr 2017 und der Finanzplan für die nächsten vier Jahre liegen Ihnen vor. Sie haben die Möglichkeit, die Regierungsvorlagen ausführlich zu studieren.

Der ordentliche Landesvoranschlag 2017 ist inklusive einer Schuldentilgung in der Höhe von 2 Millionen Euro ausgeglichen.

Einnahmen in Höhe von 1.102,5 Millionen Euro stehen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüber. Die größten Einnahmensteigerungen liegen in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Finanzwirtschaft.

Die größten Ausgabensteigerungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit können teilweise durch analog einhergehende Einnahmensteigerungen sowie durch Einsparungen im Verwaltungsbereich, effektives Personalmanagement und durch eine restriktive Ausgabenpolitik bei den Ermessensausgaben durch Einbehaltung der Kreditsperre von 15 Prozent ausgeglichen werden.

Nach Empfehlung des Bundes-Rechnungshofes wird der Personalaufwand der Kranken- und Pflegeanstalten im Landesvoranschlag 2017 nicht mehr im Budget, sondern erstmals als Beilage dargestellt.

Der außerordentliche Landesvoranschlag 2017 sieht entsprechend dem Finanzplan Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 33.981.300 Euro zur Kofinanzierung der EU-Förderkulisse vor. 26,85 Millionen Euro werden aus dem ordentlichen Haushalt zugeführt. Die Differenz wird durch Refundierungen vom Land vorfinanzierter Projekte seitens der EU ausgeglichen. Die Fondsgebarung ist im Landesvoranschlag 2017 mit 254.500 Euro ebenfalls ausgeglichen.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!
Herr Präsident!
Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!
Werte Regierungsmitglieder!
Verehrte Abgeordnete des Hohen Hauses!
Meine Damen und Herren!

Ich darf Euch, meinen Kolleginnen und Kollegen in der Regierung - allen voran unserem Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Tschürtz - herzlich dafür, dass ihr die herausfordernden Vorgaben für das Budget für 2017 mit viel Disziplin erfüllt und so konstruktiv und engagiert an der Erstellung des Landesvoranschlages mitgearbeitet habt.

Ihr habt gemeinsam mit euren MitarbeiterInnen viele entscheidende Impulse bei der Budgeterstellung eingebracht und so das Budget in dieser Form erst möglich gemacht.

15 Prozent Kreditsperre machen uns allen das Arbeiten nicht leicht, aber sie sind notwendig, damit das Burgenland fit für die Zukunft ist und bleibt.

Mein ganz besonderer Dank gilt heute unserer Finanzabteilung unter der Leitung von Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer, der budgetverantwortlichen Hauptreferatsleiterin OARin Uschi Fercsak, Hans Halwax und dem gesamten Team. Ihr habt mich hervorragend unterstützt und viele Nachtstunden investiert, um dem Hohen Landtag heute den Landesvoranschlag 2017 und den Finanzplan vorlegen zu können. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Ich danke euch, dass ihr seit vielen Jahren mit viel Herzblut und Präzision an der Erstellung und Umsetzung der Landesbudgets arbeitet. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Sehr geehrter Herr Hofrat Dr. Rauchbauer, lieber Bertl! An dich, da es das letzte Budget ist, das wir gemeinsam erstellt haben, ein spezielles und persönliches Dankeschön für die intensive und konstruktive Zusammenarbeit während der letzten 17 Jahre. Du warst ein sehr guter Berater, ein Freund und ein umsichtiger Stratege, der immer den Überblick bewahrt hat. Durch dein Wissen und deine Erfahrung hast du die richtigen Weichenstellungen in der Finanzabteilung gesetzt. Ich wünsche dir für deinen neuen Lebensabschnitt alles erdenklich Gute! *(Allgemeiner Beifall)*

Mein zweiter persönlicher Dank gilt der Frau, die mir vor einigen Tagen um fünf Uhr in der Früh den ersten Entwurf der heurigen Budgetrede gemailt hat - meiner Büroleiterin Isabell Strobl. Sie hat es wieder geschafft, meisterhaft meine inhaltlichen Wünsche und politischen Überlegungen in eine konsistente Rede zusammenzuführen.

Herzlichen Dank liebe Isabell! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landesvoranschlag 2017 ist der Wegweiser für den burgenländischen Konsolidierungskurs, der gleichzeitig finanzielle Freiräume für den weiteren Aufstieg unseres Landes schafft. Das Ziel ist der Wohlstand aller Burgenländerinnen und Burgenländer, aber auch der soziale Frieden in unserem Land.

Ich ersuche Sie, dem Budget 2017 Ihre Zustimmung zu geben. Lassen Sie uns am festen finanziellen Fundament unseres Landes weiterbauen.

Ich danke Ihnen! *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Präsident Christian Illedits: Ich danke dem Herrn Landesfinanzreferenten für die Budgetrede 2017. Die Regierungsvorlagen Zahl 21 – 470, Beilage 658, und Zahl 21 – 471, Beilage 659, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Meine Damen und Herren, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, und zwar der Budgetlandtag für den 30. November und 1. Dezember 2016 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet um 20.20 Uhr in meinem Büro statt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 20 Uhr 11 Minuten